

## ÖFFENTLICHE FINANZEN

### Kampeter: „Die Staatsquote soll tendenziell sinken!“

Über die Perspektiven einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung und die im Koalitionsvertrag vereinbarte Steuerreform diskutierten Matthias Benz, Steffen Kampeter, André Schmidt, und Daniela Schwarzer unter der Moderation von Ursula Weidenfeld bei ECONWATCH. Das Bewusstsein dafür, dass die öffentlichen Haushalte grundlegend konsolidiert werden müssen, ist aufgrund des starken Anstiegs der Defizit- und Schuldenquoten in der EU so groß wie noch nie zuvor. Deutschland hat sich mit Einführung der Schuldenbremse verfassungsrechtlich dazu verpflichtet, das strukturelle Defizit des Bundes bis 2016 auf 0,35 Prozent des BIP zurückzuführen; derzeit ist es rund fünfmal so hoch.



Benz, Schwarzer

Mit den Sparbeschlüssen bleibt die Bundesregierung nach Auffassung mehrerer Diskussionsteilnehmer jedoch deutlich hinter den Anforderungen eines finanzpolitischen Gesamtkonzepts zur Konsolidierung der

#### Benz: „mehr Reformmut“

Haushalte und zur Stärkung des Wachstums zurück. Von der im Koalitionsvertrag vereinbarten Leitlinie „Mehr Netto vom Brutto“ und einer Entlastung von 24 Mrd. Euro im Laufe der Legislaturperiode sei nicht mehr viel zu hören. Vor diesem Hintergrund fordert Matthias Benz „mehr Reformmut in Deutschland“. Und André Schmidt weist auf erhebliches Kürzungspotenzial bei den Subventionen hin. So liste der 22. Subventionsbericht der Bundesregierung Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Staates in Höhe von knapp 60 Mrd. Euro pro Jahr auf und lasse die Frage laut werden, welcher Wirtschaftszweig eigentlich keine Subventionen erhalte. „Haushaltskonsolidierung“, so Schmidt, „ist



Kampeter, Weidenfeld

zu wenig. Darüber hinaus sind eine strukturelle Steuerreform, die auch zu mehr Transparenz führt, sowie eine Reform des föderalen Finanzausgleichs notwendig. Zudem müssen die sozialen Sicherungssysteme insbesondere durch eine stärker einkommensunabhängige Finanzierung zukunftsfest gemacht werden.“

#### Schmidt: „strukturelle Steuerreform, die auch zu mehr Transparenz führt“

Steffen Kampeter weist darauf hin, dass eine wachstumsgerechte Haushaltskonsolidierung derzeit ganz oben auf der Agenda stehe. Diese werde mit dem Zukunftspaket der Bundesregierung umgesetzt. „Zum einen bindet uns die Schuldenbremse. Zum anderen gilt: Wir brauchen die Haushaltskonsolidierung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes!“, so Kampeter. Die steuerliche Entlastung der Bürger bleibe auf der Tagesordnung, könne aber erst dann erfolgen, wenn entsprechende finanzielle Spielräume entstünden. Daneben unterstreicht Kampeter die Notwendigkeit einer Gemeindefinanzreform, die auch mehr Autonomie der einzelnen Gebietskörperschaften über ihre Einnahmen beinhalten müsse. „Der Leidensdruck bei den Gemeinden sinkt allerdings derzeit aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung, von der die Kommunen über die Gewerbesteuer profitieren“, so Kampeter. Außerdem sei bei den Diskussionen um die Föderalismusreform „Angst vor Freiheit und der damit verbundenen Verantwortung“ zu spüren. Dagegen müsse mit Argumenten angeköpft werden.

#### Kampeter: „Angst vor Freiheit und der damit verbundenen Verantwortung“

Die Spardiskussion auf europäischer Ebene sollte genutzt werden, um Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten anzugehen. In der Eurozone habe sich in diesem Jahr gezeigt, welche drastischen Auswirkungen nicht wettbewerbsfähige Strukturen und übermäßige Staatsverschuldung haben können. Aktuell habe der Europäische Rat den Bericht der „van Rompuy-Task Force“ gebilligt, der eine bessere Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten und frühzeitigere Sanktionen bei wirtschafts- und finanzpolitischem Fehlverhalten vorsieht. „Allerdings muss die Diskussion über einen Mechanismus zum Management von Verschuldungskrisen für Staaten schnell geführt werden“, so Daniela Schwarzer, „anderenfalls werden die Märkte vor Auslaufen der Rettungspakete im Jahr 2013 unruhig“.

Die Frage nach Art und Umfang der Tätigkeit des Staates müsse anhand der Präferenzen der Bürger beantwortet werden.

### Und das steht im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP:

„...wir wissen, dass Basis aller Staatsfinanzen die Arbeit der Bürger unseres Landes und die wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmen sind.“

„Wir werden dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt, dass den Bürgern mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt.“

„Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und (...) den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen.“

„Der Tarif soll möglichst zum 1.1.2011 in Kraft treten.“

#### Kampeter: „Die Staatsquote soll tendenziell sinken“

Dazu seien institutionelle Regeln notwendig, die dafür sorgen, dass der Staat das tue, was die Bürger wollten. Benz konstatiert eine übermäßige Ausdehnung des Staates in Deutschland und zu viel Zentralismus. „Die Staatsquote soll tendenziell sinken“, verspricht Steffen Kampeter. André Schmidt fordert auf zu prüfen, „ob der Staat alles tun muss, was er aktuell tut.“ So sei z. B. zu fragen, ob Landesbanken notwendig seien. Staatliches Handeln sollte stärker an den Willen der Bürger gebunden werden und zwar durch mehr wettbewerblichen Föderalismus und mehr direktdemokratische Elemente, betont Benz.



Kampeter, Schmidt, Weidenfeld, Thomas, Schwarzer, Benz (v.l.n.r.)

Dieses Statement entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Haushaltskonsolidierung, Steuerreform und die Frage nach den Aufgaben des Staates“ mit Dr. Matthias Benz (Wirtschaftskorrespondent NZZ), Steffen Kampeter MdB (Parlamentarischer Staatssekretär, Bundesfinanzministerium), Prof. Dr. André Schmidt (Private Universität Witten/Herdecke) und Dr. Daniela Schwarzer (Stiftung Wissenschaft und Politik) unter der Moderation von Dr. Ursula Weidenfeld am 11. Oktober 2010 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

#### Impressum

ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.

Poststraße 12

10178 Berlin